



VERTRETUNG
DEUTSCHSPRACHIGER
GEOGRAPHIESTUDIERENDER
WWW.GEODACH.ORG

GeoDACH e.V.
Geographisches Institut der Universität Bonn
Meckenheimer Allee 166
53115 Bonn

Antrag

zur Mitgliederversammlung von GeoDACH

Vertretung Deutschsprachiger Geographiestudierender e.V.

auf der Winter BuFaTa 2023 in Augsburg

Antragsteller*innen: Florens Förster, Florenz Uhlenbrock / AK open geodaten

Antragsgegenstand:

Die Verbesserung des Angebots von offenen Geodaten in Deutschland und den Bundesländern – public money is public data

Antrag:

Wir fordern die Akteure der Politik, Zivilgesellschaft und der Wirtschaft auf, dass der Zugang und das Angebot zu Geodaten in Deutschland verbessert werden muss.

Die bestehende Infrastruktur in den Ländern muss auf einen gleichen (oder zumindest vergleichbaren) Standard kommen; die Situation/ das Angebot in Bayern und Nordrhein-Westfalen sind gute Beispiele dafür, wie ein gutes und umfassendes Angebot an Geodaten aussehen kann.

*Auch Fordern wir die Akteur*innen in der Wissenschaft auf, Geodaten und Forschungsdaten im Rahmen der wissenschaftlichen Prinzipien (Reproduzierbarkeit und Nachvollziehbarkeit) besser zugänglich zu machen. Universitäten und Hochschulen sollen dafür eine Infrastruktur (und Anreiz) schaffen, damit diese Praxis der Veröffentlichung zu fördern und zu vereinfachen.*

Die Universitäten und Forschungseinrichtungen sollten

- einerseits eine deutschlandweite (und europaweite) Infrastruktur schaffen, bei dem es ein einheitliches Portal für die Geodaten, orientiert z. B. am Geoportal (geoportal.de) geben soll,*
- andererseits sollen die Daten einheitlich aufbereitet werden, sodass die Daten einfach, barrierefrei und jeder Person zugänglich sind.*

Einzelne Personen in der Wissenschaft (z.B. Katharina Waha, Uni Augsburg) leisten einen wertvollen Beitrag und sind Pioniere dabei, wie Geodaten in der Wissenschaft zugänglich gemacht werden können.

Unser Antrag ist damit im Sinne des 2021 zuletzt geänderten Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten (Geodatenzugangsgesetz - GeoZG) für die Förderung der nationalen Geodateninfrastruktur und forderte eine priorisierte Umsetzung der Ziele des Gesetzes, auch übertragen in die Angebote des jeweiligen Bundeslandes.

Auch fordern wir die gemeinsame Zusammenarbeit von GeoDACH e.V. mit zivilgesellschaftlichen Akteuren für eine gemeinsame Interessensvertretung für die Förderung offener Geodaten. Zivilgesellschaftliche Akteure sind dabei z. B. der FOSSGIS e.V., aber auch Projekte wie OpenStreetMap (OSM) sollten dabei unterstützt werden.

Begründung:

Die Arbeit mit Geodaten ist ein essenzieller Bestandteil der wissenschaftlichen Praxis in der Geographie. Darüber hinaus gibt es sehr viele anwendungsbezogene Themenfelder, bei dem Geodaten von einer hohen Bedeutung sind. Geodaten stellen ein bedeutendes (und zukunftsgewandtes) Arbeitsfeld da und sind für die freie Ausübung des Berufs (Artikel 12 Grundgesetz – Freie Berufsausübung) im Kontext der Geographie notwendig.

Viele Daten werden mit öffentlichen Mitteln und Geldern erhoben und erworben (oder mit Förderungen des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung), z.B. in Forschungsprojekten), sind aber der Allgemeinheit der Bevölkerung (sowohl natürliche als juristische Personen) nicht zugänglich. Auch gibt es bewusste (monetäre) Hürden von Bundesbehörden, welche nicht nachvollziehbar den Zugang einschränken. Als Beispiels sind hier digitale Höhenmodelle des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie zu nennen, da bestimmte Zugänge (z. B. digitale Höhenmodelle, DOM1) entweder kosten oder nur für Bundesbehörden zugänglich sind.

Bei der Erhebung von Geodaten (mit öffentlichen Geldern) werden diese Daten nicht alle zugänglich gemacht: Diese liegen ungenutzt bei den entsprechenden Stellen und Behörden und „vermodern“ dort. Der Benefit aus diesen bereits erhobenen Geodaten wird dadurch

oftmals sehr eingeschränkt, sofern diese überhaupt (weiter)verwendet werden. Durch strukturelle Probleme und mangelnde personelle und finanzielle Ressourcenausstattung entsteht das Problem und wird auch noch weiter verschärft. Das mögliche Nutzungspotenzial für die Zivilgesellschaft, z. B. in Umweltschutz oder Klimaanpassungsmethoden gehen dadurch verloren. Auch das wirtschaftliche Potenzial durch das Nutzen dieser Daten geht durch das eingeschränkte Angebot verloren.

Gesetze wie das „Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten (Geodatenzugangsgesetz - GeoZG)“ sollten für einen Zugang und eine Dokumentation sorgen. Wir sehen die Notwendigkeit, dass die Umsetzung des Gesetzes stärker verfolgt und umgesetzt werden sollte.

Auch wird mit dem Zugang zu Geodaten das Verständnis von dieses gefördert. Durch die Arbeit mit Geodaten können Aspekte der Veränderung des natürlichen Raumes aber auch des anthropogen Raumes (besser) dargestellt werden. So wäre es möglich, dass Veränderungen des Klimawandels, Gefahren durch Naturkatastrophen, aber auch Aspekte wie soziale Ungleichheit besser darzustellen und faktenbasiert Entscheidungen zu treffen.